



© Ian Keefe – unsplash

## Die Welt nach Corona

Das neuartige Virus hat in kürzester Zeit die ganze Welt auf den Kopf gestellt. Mit inzwischen mehr als einer Million Infizierten, vielen Toten, Ausgangssperren und anderen Beschränkungen des öffentlichen Lebens frisst sich Covid-19 nicht nur in das Leben von Familien, sondern auch in die Weltwirtschaft.

Corona ist ein Virus und keine Strafe Gottes für Ignoranz. Aber Ressourcenverschwendung und der Raubbau an der Natur haben zur Ausbreitung der Pandemie ganz sicher beigetragen, sie vielleicht gar erst ermöglicht. Bange fragen sich viele nun, wie die Welt nach Corona aussehen wird? Manche hoffen, es würde wieder alles so werden, wie es war. Andere sehen den Schock als Chance für den Neustart in eine nachhaltigere und klimaverträglichere Lebens- und Wirtschaftsweise und eine gerechtere Gesellschaft.

Dass die Politik in dieser Krise so geschlossen wie nie zuvor auf die Wissenschaft hörte, schürt bei nicht wenigen die Hoffnung auf einen konsequenteren Umgang mit dem Klimawandel. Doch der einhegende Staat ist nicht allmächtig und gilt im Übrigen vielen auch nicht als wünschenswert. Ohne die Wirtschaft wird er eine lebenswerte Zukunft ebenso wenig gestalten können wie ohne die dauerhafte Zustimmung der Menschen. Umgekehrt gilt aber auch: Nie war die Politik für das Funktionieren der Wirtschaft so wichtig wie jetzt.

Wir haben Szenarien recherchiert und Studien ausgewertet, um die verschiedenen Perspektiven auf Nachhaltigkeit und Corona auszuloten und ein Gefühl dafür zu bekommen, was kommen kann. Mehr als eine Momentaufnahme ist dies aber nicht.

---

Liebe Leserinnen und Leser,  
mit dem Politikmonitor Nachhaltigkeit berichten wir seit 2015 regelmäßig zu Themen, Veranstaltungen und regulatorischen Entwicklungen aus Brüssel und Berlin. Denn politische Diskussionen und Rahmenbedingungen bestimmen immer stärker, wie eine nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft ausgestaltet wird. Mit unserem Politikmonitor wollen wir Einblicke geben, Überblick schaffen und Ausblicke versuchen.

Ihr **akzente**-Team



## THEMA

## Was lehrt uns die Coronakrise?

Kann die Welt aus Krisen lernen? Das wird möglicherweise zur entscheidenden Frage, wenn die Zeit der akuten Krisenbewältigung vorbei ist. Nachhaltigkeit könnte der Schlüssel für eine resilientere Wirtschaft sein, in der vorsorgender Naturschutz und angemessenes Wachstum keine Gegensätze sind.

Dass die Luft mit dem Stillstand der Industrie und des öffentlichen Lebens sauberer geworden ist, mag man gut finden. Aber das ist es dann auch schon. Über die dramatischen Auswirkungen auf die weltweiten Wertschöpfungsketten können sich nicht einmal Globalisierungsgegner freuen: In Bangladesch stehen die Fabriken still, die Beschäftigten der Textilindustrie stürzen in tiefe Armut und Hunger. Denn wo keine Arbeit, da kein Lohn.

**SCHRUMPFENDE WIRTSCHAFT** Die Welthandelsorganisation WTO rechnet mit einem Einbruch des weltweiten Warenaustauschs um 12 bis 32 Prozent. In Deutschland zeichnet sich der größte Einbruch des Wirtschaftswachstums seit Gründung der Bundesrepublik ab. Die am 29. April vorgestellte Frühjahrsprognose der Bundesregierung rechnet mit einer Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Inzwischen hat jeder dritte Betrieb in Deutschland Kurzarbeit angemeldet, insgesamt über 700.000. Viele Konzerne sind auf staatliche Hilfe angewiesen, und im Mittelstand droht eine Pleitewelle.

Allen voran trifft es den Tourismus, die Gastronomie und den stationären Einzelhandel, außerdem die Textilbranche und weite Kreise der Industrie einschließlich der Zulieferbetriebe, ganz zu schweigen vom Kulturbetrieb mit seinen ohnehin prekären Beschäftigungsverhältnissen. Selbst wenn jetzt schrittweise wieder Lockerungen in Kraft treten, werden die meisten Betriebe den entgangenen Umsatz nicht aufholen können, zumal die Konsumlaune am Boden ist. Schon jetzt planen nach Angaben von McKinsey 38 Prozent der Verbraucher, ihre Haushaltsausgaben zu kürzen.

Von der Krise profitieren können die Streaming-Dienste, der Online-Handel und die Kurierdienste. Selbst jene innovativen und flexiblen Mittelständler, die nun Atemschutzmasken und Beatmungsgeräte herstellen, können damit allenfalls das Schlimmste abwenden.

## VERÄNDERTES KONSUMVERHALTEN IN DEUTSCHLAND

Umsatzentwicklung für ausgewählte Kategorien in Prozent\*

Lebensmittel		34 %
Kinder- und Babyartikel		22 %
Entertainment		20 %
Reisen und Urlaub		-45 %
Geldautomat		-47 %
Bars und Restaurants		-72 %

\*Vergleichszeitraum: 15. März – 22. April 2019 und 15. März – 22. April 2020

Quelle: N26

**DIE ROLLE DER GLOBALISIERUNG** Natürlich hat die Globalisierung die Krise begünstigt. Durch die in den vergangenen Jahrzehnten selbstverständlich gewordenen weltweiten Bewegungen von Menschen und Gütern konnte sich das Virus rasch verbreiten. Und weil wir wichtige Fertigungen zum Teil vollständig ins billigere Ausland verlagert haben, wie etwa die Produktion von Schutzkleidung nach China, die Herstellung von Medikamenten nach Indien und von Virentest-Toolkits nach Italien, ging wertvolle Zeit verloren.

Die arbeitsteilige Weltwirtschaft hat zwar einigen Schwellenländern eine rasante volkswirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, allen voran China und Indien. Doch sie nahm zugleich Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in Kauf, für die sich niemand verantwortlich fühlt. Eine [Studie](#) des Internationalen Gewerkschaftsbundes wies 2016 eindrücklich darauf hin, wie die großen Unternehmen der Welt ein globales Geschäftsmodell auf Niedriglohnpfängern mit wenigen Rechten aufgebaut haben. Die Krise macht nun deutlich, in welchen Bereichen Politik und Wirtschaft seit Jahren Dinge verschleppt haben, die in einer globalen Wirtschaft inzwischen selbstverständlich sein sollten, wie etwa menschenrechtlich unbedenkliche



Lieferketten. Die Hoffnung allerdings, dass die im Juli startende deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu einem europäischen Lieferkettengesetz führen könnte, ist mit Corona zerstoßen.

## DIE ABHÄNGIGKEIT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Der am 23. April erschienene Report Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von internationalen Lieferketten des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) analysiert ein Kernproblem, das mit der Coronakrise offenbar wurde: „Outsourcing, Offshoring und schlanke Produktionslinien, verbunden mit geringen Lagerbeständen, haben die deutsche Wirtschaft anfällig für Unterbrechungen in den Lieferketten und Versorgungsengpässe gemacht.“ Unter den G20-Ländern gebe es kein zweites Land, das in die internationalen Lieferketten so integriert sei. Die Offenheit der deutschen Wirtschaft, gemessen als das Verhältnis des Handelsvolumens (Exporte plus Importe) am Bruttoinlandsprodukt (BIP), belaufe sich im Jahr 2019 auf 88 Prozent. Mehr als ein Fünftel der für inländische Kunden erbrachten Leistungen kämen aus dem Ausland - je nach Branche auch manchmal deutlich mehr. Eine Frage, die sich nun nicht nur das IW stellt: Wie können deutsche Unternehmen ihre Lieferketten neu denken, um die Resilienz gegenüber Abhängigkeiten zu stärken?

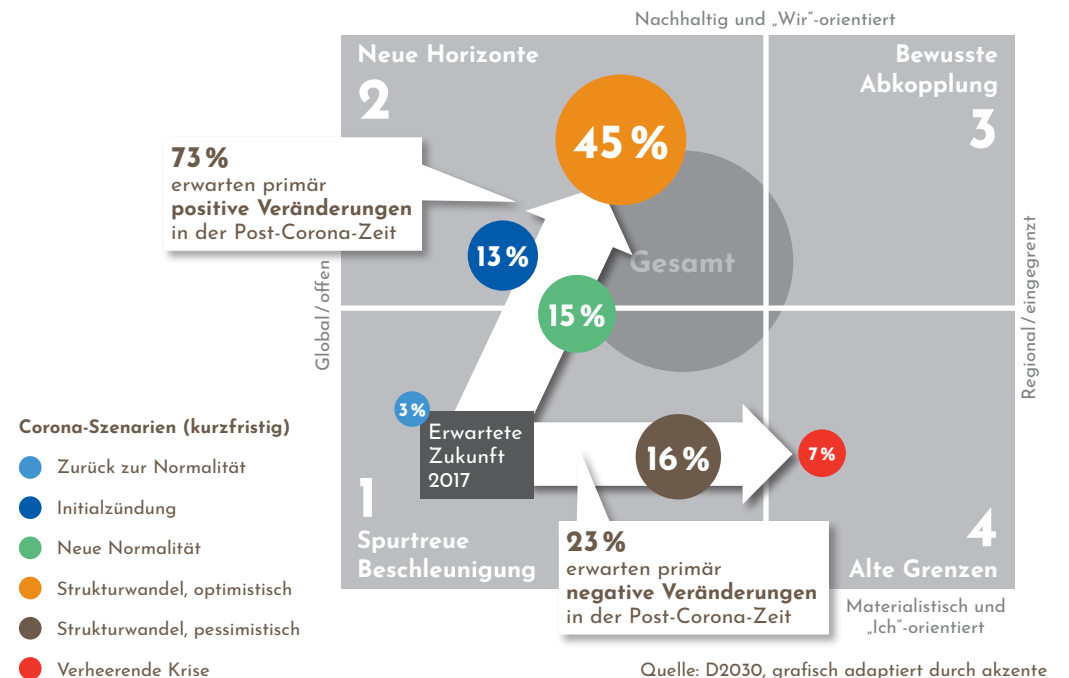
**ABGESANG UND NEUE PERSPEKTIVEN** Viele Publizisten erregen derzeit mit gewagten Thesen Aufmerksamkeit, denen zufolge die Globalisierung nach bisherigem Muster ausgedient habe, der Kapitalismus kollabiert sei und jetzt eine Post-Corona-Zeit eingeläutet werde, in der nichts mehr so sein wird, wie es einmal war. Der SPIEGEL etwa schrieb am 18. April „Das Virus wäre dann ein universaler, heilsamer Schock“, fragt aber auch „Sind wir bereit für die Einsicht, dass wir unser Leben ändern müssen?“

Viele verbinden mit solchen Fragen große Hoffnungen, aber sind sie wirklich berechtigt? Die Sehnsucht nach Normalität - und das heißt für die meisten die Sehnsucht danach, wie es vorher war - ist vielleicht doch stärker als die Lehre, dass sich etwas ändern muss. Tatsächlich hat die Finanzmarktkrise 2007/08 gezeigt, dass sich nach einem kurzen Erschrecken das Szenario „Pause und Reset“ durchsetzte.

Fast drei Viertel der in einem „Corona-Stresstest“ befragten 117 Expertinnen und Experten im Panel der Initiative D2030 – Deutschland neu denken rechnen allerdings mehr oder weniger damit, dass nach der Pandemie ein Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung gelingt.

Mit 45 Prozent die größte Zustimmung erfährt das Szenario „Neue Horizonte“. Voraussetzung dafür, dass es Wirklichkeit wird, seien allerdings richtungsweisende Steuerungsmaßnahmen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sonst bestehe die Gefahr der rückwärtsgewandten Abschottung und Ausgrenzung, wie sie immerhin ein Viertel der Befragten befürchtet. In einem sind sich aber nahezu alle Experten einig: Eine Rückkehr zur alten Normalität werde es nicht geben. Das ist auch die Quintessenz des Whitepaper Der Corona-Effekt, in dem das Zukunftsinstitut vier Szenarien aufzeigt.

## D2030-SZENARIEN

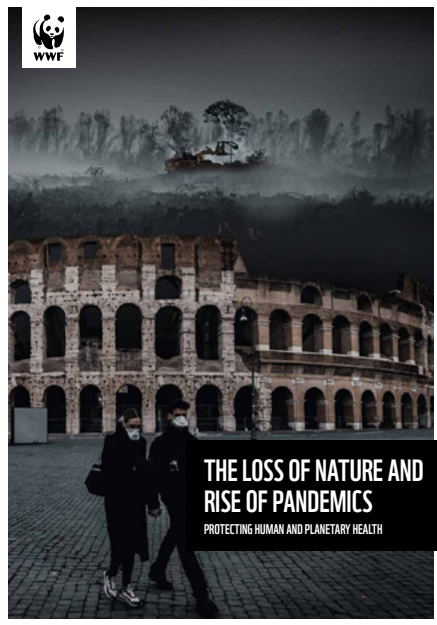




**NACH DER KRISE IST VOR DER KRISE** Man kann angesichts der gegenwärtigen Debatten durchaus den Eindruck gewinnen, dass der Coronaschock die Weiterentwicklung in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz an den Rand drängt. Dabei kann Nachhaltigkeit zur Verhinderung künftiger Krisen entscheidend beitragen. Das gilt insbesondere dann, wenn es stimmt, was zwei aktuelle Studien nahelegen. Da sind zum einen Forschungen zu einem Zusammenhang zwischen hoher Luftverschmutzung und der Sterblichkeitsrate von Coronainfizierten. Wie unter anderem die [Frankfurter Allgemeine](#) berichtete, steige das Sterblichkeitsrisiko mit jedem zusätzlichen Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft zusätzlich um 15 Prozent.

Zum anderen legt die [WWF-Studie \*The Loss of Nature and the Rise of Pandemics\*](#) nahe, dass der zunehmende Raubbau an der Natur und der Rückgang der Artenvielfalt durch menschliche Aktivitäten virenverursachte Pandemien auslösen und verstärken kann (deutsche Zusammenfassung [hier](#)). Prof. Jürgen Renn vom Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte bestätigte das: „Viren kommen immer häufiger, auch weil Lebensräume begrenzt werden, weil der Druck auf Ökosysteme wächst. Das wird nicht die letzte Krise dieser Art sein. Deswegen müssen wir uns für zukünftige Krisen wappnen.“

Das heißt, dass Umwelt- und Naturschutz gerade jetzt zu stärken wären. Wenig nützlich sind deshalb Forderungen wie beispielsweise der bayerischen Staatsregierung, sich jetzt auf die Krisenbewältigung fokussieren und zusätzliche regulatorische Belastungen vermeiden. Sie will unter anderem die Ausarbeitung von Sustainable-Finance-Strategien mindestens bis Ende 2020 aufschieben. Die Wirtschaftsrechtskanzlei Beiten Burkhardt meint dagegen, es sei nicht ersichtlich, dass sich Nachhaltigkeitsrisiken verändern oder reduzieren würden. Das Merkblatt der BaFin zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken habe Fortbestand, die Geschäftsleitungen blieben in der Pflicht ([Blogbeitrag](#), 9. April).



**PLÄDOYER FÜR GRÜNE TRANSFORMATION** Das Umweltbundesamt hat mit dem [Corona Sustainability Compass](#) einen Blog lanciert, der aus wissenschaftlicher Sicht auf die Chancen einer transformativen Post-Corona-Politik hinweist. Es ruft dazu auf, beim Corona-Krisenmanagement „die noch viel größeren Herausforderungen für unsere Zivilisation nicht aus dem Auge verlieren: die Auswirkungen der Erderhitzung, die viel zu hohen Ressourcenverbräuche, die weit über die planetaren Belastungsgrenzen gehen, die schwindende Artenvielfalt.“ Krisen, so das Umweltbundesamt, seien „Momente, in denen neue Bilder von einer besseren Zukunft entstehen können.“

Mit demselben Anliegen entstand ein bemerkenswertes Bündnis aus europäischen Umweltpolitikern, dem Europäischen Parlament, 28 Wirtschaftsverbänden und 37 Managern namhafter Unternehmen, darunter Coca-Cola, Danone, E.ON, H&M, Ikea, Unilever und Volvo: Die Green Recovery Alliance forderte Mitte April in einem gemeinsamen [Aufruf](#), die Wirtschaft in Europa nach der Coronakrise nur in Form des vor der Krise beschlossenen „Green Deal“ wieder aufzubauen: „Der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft, der Schutz der Artenvielfalt und die Umgestaltung der Agrar- und Lebensmittelindustrie bieten die Möglichkeit zum schnellen Aufbau von Jobs und Wachstum – und können dazu beitragen, Gesellschaften widerstandsfähiger zu machen“, heißt es.

Die Initiatoren des Aufrufs sind sich einig mit dem Europäischen Rat, der Versammlung aller Staatschefs. Der forderte Anfang April in einer Stellungnahme an die EU-Kommission, dass finanzielle Unterstützung zur Lösung der Coronakrise nicht gegen die Prinzipien verstoßen dürfen, die im „European Green Deal“ vereinbart worden sind. Er appellierte, gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank einen Fahrplan für die Überwindung der Wirtschaftskrise zu erstellen. Zwar zeichnet sich aktuell die Verschiebung einiger Projekte zum „Green Deal“ ab, doch an den zentralen Vorhaben des Klimaschutzes und der Umgestaltung des Finanzwesens (Sustainable Finance) hält die EU unbeirrt fest.

Auch die Leopoldina, die nationale Akademie der Wissenschaften, mahnte in ihrer [Stellungnahme](#) vom 13. April unter der Überschrift „Weichen stellen für Nachhaltigkeit“, dass bestehende globale Herausforderungen wie Klima- und Artenschutz mit der Coronakrise nicht verschwinden würden. Deshalb sollten sich politische Maßnahmen „an den Prinzipien von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, Zukunftsverträglichkeit und Resilienzgewinnung orientieren“. Beschlossene Maßnahmen dürften nicht abgeschwächt werden, wirtschaftliche Konjunkturprogramme müssten



grundsätzlich mit den Zielen des europäischen „Green Deals“ vereinbar sein. Ähnliche Zielsetzungen verfolgten über 60 Unternehmer, die zum Auftakt des Petersberger Klimadialogs vergangene Woche von der Bundesregierung eine engagierte Klimaschutzpolitik verbunden mit einem Klima-Konjunkturprogramm forderten. Initiiert wurde der [Aufruf](#) von der Stiftung 2 Grad.

**ZUKUNFT DURCH NACHHALTIGKEIT** Die Entschiedenheit, mit der weltweit auf die Coronakrise reagiert wird, zeigt, dass der Mensch auch existenzbedrohende Krisen lösen kann. Das könnte Mut machen für die Gestaltung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz, auch wenn man hier angesichts der ernüchternden Erfahrungen in der Finanzkrise skeptisch bleiben mag. Immerhin werden aktuell interessante Ansätze entwickelt, die auch lange nach Corona noch wegweisend sein könnten: So überlegt [Österreich](#), Staatshilfen für die Lufthansa-Tochter Austrian Airlines von Leistungen des Unternehmens beim Klimaschutz abhängig zu machen. In [Dänemark und Polen](#) sollen nur Unternehmen unterstützt werden, die keinen Sitz in Steueroasen haben. Und die [Stadt Amsterdam](#) will ihre Post-Corona-Strategie gar an dem Nachhaltigkeitsmodell von Kate Raworth ausrichten, dem sogenannten Sustainability Doughnut.

Damit geraten neben dem Klimaschutz auch Themen wie soziale Gerechtigkeit, faire Bildungschancen und Steuerhinterziehung wieder mehr in den Fokus. Auch die Lieferkettenproblematik könnte volkswirtschaftlich in einem neuen Licht betrachtet werden. Und im unternehmerischen Nachhaltigkeitsmanagement könnte die Krise der Integration von Nachhaltigkeit in die Werte und die Strategie förderlich sein. Denn Resilienz und Zukunftsfähigkeit haben einen ganz neuen Klang bekommen und lassen sich nur zusammen mit Nachhaltigkeit denken. Das sieht auch die Beratungsgesellschaft McKinsey so und schrieb im April zu [Klimaschutz und Corona](#), dass Unternehmen ihren Betrieb nun „widerstandsfähiger und nachhaltiger“ machen müssten.

Ganz sicher wird Regulierung ein zentrales Thema bleiben, wenn der Staat mehr Kontrolle übernimmt. Immerhin hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt, dass man sich auf die selbstregulierenden Kräfte des Marktes nicht in allen Bereichen verlassen kann. Der Kapitalismus alter Prägung war schon vor der Krise schwer angeknackst. Nun könnten sich Überzeugungen durchsetzen, die auf die Verwirklichung einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft abzielen. Allerdings braucht es dafür den Zusammenhalt aller demokratischen Kräfte. Denn die Sorge, dass rechts-

extremistische Gruppen die Skepsis und Sorge mancher Menschen ausnutzen, nimmt zu. Das Bundesamt für Verfassungsschutz zeigt sich bereits beunruhigt: Die Pandemie werde zum Anlass genommen, die Bundesregierung zu kritisieren, Verschwörungstheorien zu verbreiten und Migranten als Überträger des Virus zu brandmarken. Und dieses Szenario wollen wir alle nicht.

## ZEHN THESEN ZU NACHHALTIGKEIT UND CORONA

akzente hat zehn begründete Thesen zu den Folgen der Coronakrise für nachhaltiges Wirtschaften verfasst. Lesen Sie die Begründungen und die dabei verwendeten Quellen im [akzente-Blog](#):

- 1 **Lieferketten stehen auf dem Prüfstand.**
- 2 **Klimaschutz bleibt Ziel.**
- 3 **Ernährungskrise zeichnet sich ab.**
- 4 **Kreislaufwirtschaft erlebt Neustart.**
- 5 **Biodiversität gewinnt an Bedeutung.**
- 6 **Regionale Konzepte punkten.**
- 7 **Resilienz wird die neue Nachhaltigkeit.**
- 8 **Sustainable Finance könnte stolpern.**
- 9 **Digitalisierung setzt sich durch.**
- 10 **Bürgerrechte rücken in den Fokus.**





## STATEMENTS

## Was jetzt wichtig wird

Die Welt mit Corona: Was wird bleiben, was ändert sich? Wie wird die Krise das Thema Nachhaltigkeit beeinflussen? Antworten auf diese Fragen gaben uns Prof. Dr. Dirk Messner (Präsident des Umweltbundesamts), Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn (Direktor des Instituts für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)) und Dieter Janecek (Mitglied des Bundestags für Bündnis 90/Die Grünen).

### DREI KRISEN MEISTERN

Von Prof. Dr. Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamts

In den kommenden Monaten entscheidet sich, wie wir durch die 2020er Jahre kommen. Da wäre, erstens, die Coronakrise: Wenn wir die Verbreitung des Virus nicht in den Griff bekommen, die Gesundheitssysteme kollabieren und große Schäden entstehen, gefühlte und reale Ungerechtigkeiten zunehmen, dann wären am Ende des Jahres die autoritären Nationalisten wieder da, von denen im Augenblick kaum jemand etwas hören möchte. Verläuft die Bekämpfung der Coronakrise unglücklich, schwächt das die Wirtschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie. Er setzt eine funktionierende Strategie voraus, verlangt aber auch nach „Haltung“.

Zweitens, der Klimawandel: Wenn die Coronakrise alle Kräfte absorbiert und uns den Blick auf den Klimawandel verbaut, steht uns ein äußerst schwieriges



21. Jahrhundert bevor. Die Folgen einer immer stärker werdenden globalen Erwärmung sind vielfach beschrieben. Das Erdsystem könnte in Kipp-Punkte hineinlaufen: Das Grönlandeisschild, dessen Abschmelzen sieben Meter Meeresspiegelanstieg impliziert, würde irreversibel zerstört. Und das Monsunsystem in Asien oder der Amazonasregenwald würden massiv beschädigt, mit schwerwiegenden Folgen für die Verfügbarkeit von Wasser und die Ernährung. Der Klimawandel kann (wie die Coronakrise) nur noch durch schnelles, ambitioniertes Handeln eingedämmt werden.

Drittens ist die Situation in den ärmeren Ländern von entscheidender Bedeutung: Man mag sich nicht vorstellen, welche humanitären Katastrophen Corona beispielsweise in Afrika anrichten könnte. In ärmeren Ländern sind die Gesundheitssysteme oft schwach und viele Menschen leben in Slums auf engstem Raum zusammen. Noch schlimmer sieht es in den Flüchtlingslagern aus. Wir wissen, dass sozioökonomische Zusammenbrüche zu Gewalt führen und letztlich ganze Staaten daran scheitern können. Humanitäre Desaster wer-

den dann zu Fragen der internationalen Sicherheit. Je erfolgreicher wir diese drei Krisen meistern, umso besser werden wir durch die 2020er Jahre kommen.

**Prof. Dr. Dirk Messner** übernahm zum 1. Januar 2020 das Amt des Präsidenten am Umweltbundesamt in Dessau. Er war zuletzt Direktor des „Institute for Environment and Human Security“ an der Universität der Vereinten Nationen in Bonn und Ko-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung.

### NEUE ROUTINEN

Von Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn, Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)

Die deutsche Gesellschaft hat in der Zeit vom zweiten Weltkrieg bis heute keine so schwerwiegende gesamtgesellschaftliche Herausforderung erlebt wie die jetzt grassierende Pandemie mit ihren einschneidenden Vorschriften für Wirtschaft und Gesellschaft. Werden die jetzt zu beobachtenden Änderungen im Lebensstil nach der Krise fortbestehen? Bei den bisherigen weniger einschneidenden Krisen, wie zum Beispiel der BSE-Krise, waren die Verhaltensänderungen nur von kurzer Dauer (etwa, vegetarisch zu essen). Wenn aber die Krise um das Coronavirus länger anhält, können sich neue Routinen ausbilden, die einen nachhaltigen Lebensstil unterstützen. Hier kann auch staatliche Förderung helfen: Formen des nachhaltigen Konsums, etwa im Bereich der Energieversorgung, der Ernährung und der Mobilität, sind auf staatliche Vorleistungen und Unterstützung angewiesen. Das fängt mit dem Ausbau von Fahrradwegen an und könnte mit finanziellen Unterstützungen



für den Austausch von älteren Dieselfahrzeugen gegen Elektrofahrzeuge enden.

Doch es geht nicht nur um das individuelle Verhalten, sondern vor allem auch um den Auf- und Ausbau nachhaltiger Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Energiewirtschaft muss weiterhin auf den Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien ausgerichtet bleiben, die Industrieproduktion muss auf klimaneutrale Produktionsverfahren umgestellt werden, und die Landwirtschaft muss klimaschädliche Gase reduzieren und eine nachhaltige Bewirtschaftung von Böden vorantreiben. Zu einer nachhaltigen Neuausrichtung nach der Coronakrise gehört auch die Solidarität mit den Schwachen und Benachteiligten. Nach der Krise muss die Politik viel stärker in den Ausbau resilienter Systeme, sozialer Vor- und Fürsorgeeinrichtungen, in Anreize zu nachhaltigem Lebensstil sowie der Nachhaltigkeit verpflichteter Produktionsprozesse investieren, um für zukünftige Krisen besser gewappnet zu sein.

**Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn** ist seit dem 1. Februar 2016 wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam und leitet dort Forschungsprojekte zur Umsetzung der Energiewende, zu den globalen Bedrohungen durch systemische Risiken und zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die nachhaltige Entwicklung.

## FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT

Von Dieter Janecek, MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Mit der Corona-Pandemie erleben wir einen Schock für Wirtschaft und Gesellschaft. Weltweit haben mehr als 200.000 Menschen bereits ihr Leben, Millionen ihren Arbeitsplatz verloren, in vielen Regionen des globalen Südens droht eine Armut- und Hungerkrise. Bislang ist Deutschland vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen, aber die Lage bleibt ernst. Mit einem klugen Krisenmanagement, basierend auf wissenschaftlichen Daten und Fakten, einem leistungsfähigen Sozialstaat und einem umfassenden Konjunktur- und Investitionsprogramm kann es uns gelingen, diese Krise zu meistern. Gerade von Wachstumskritikern hört man derzeit, dass die Corona-Pandemie auch eine ökologische Chance sei – eine Chance die Wirtschaft zu schrumpfen und das Leben zu entschleunigen.

Diese Einschätzung teile ich nicht. Zum einen, weil weder Eltern, aufgerieben zwischen Home Office und Homeschooling, noch Menschen, die im Gesundheitssektor oder im Supermarkt arbeiten, derzeit etwas wie Entschleunigung erleben. Zum anderen, weil wir die ökologische Transformation nicht durch eine Insolvenzelle erreichen werden. Sondern nur zusammen mit Unternehmen, die in der Lage sind, mutig in Zukunftstechnologien zu investieren und Geschäftsmodelle für

die postfossile Ökonomie zu entwickeln. Etwas Positives lässt sich dieser Pandemie kaum abgewinnen, aber wir können in ihr Entscheidendes lernen: Wie wichtig ein handlungsfähiger Sozialstaat ist und welche Berufe und Branchen wirklich systemrelevant sind zum Beispiel. Die Pandemie sollte auch dringend unsere Sinne dafür schärfen, wie vulnerabel unsere Wirtschaft und Gesellschaft letztlich ist. Gegen Corona hoffen wir auf einen Impfstoff, den es vielleicht schon in einigen Monaten geben könnte.

Gegen die Klimakatastrophe werden wir nicht impfen können. Wollen wir eine noch viel dramatischere ökonomische, soziale und gesellschaftliche Katastrophe verhindern, müssen wir jetzt Politik und Wirtschaft konsequent auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit ausrichten.

**Dieter Janecek** ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Fraktionssprecher für Industriepolitik und digitale Wirtschaft, Obmann der Ausschüsse für „Wirtschaft und Energie“ und „Digitale Agenda“ sowie Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“. Von 2005 bis 2008 war er Landesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen Bayern.





## Kurz berichtet

### Weltweite Verknappung von Trinkwasser

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) warnt in ihrem neuesten [Wasserbericht](#) vom März 2020 vor einer drastischen Ausdehnung von Trockengebieten in der Welt. Weltweit fehle 2,2 Milliarden Menschen schon jetzt der Zugang zu sauberem Wasser. Der Klimawandel verschärfe die Situation und gefährde die Wasserversorgung von weiteren Milliarden Menschen. Die Autoren des UNESCO-Berichts fordern, dass Staaten wesentlich klarer gegen zunehmende Wasserknappheit und sinkende Trinkwasserqualität vorgehen.

### EU-Taxonomie zu Nachhaltigkeit

Am 9. März hat die von der EU eingesetzte Technical Expert Group on Sustainable Finance ihren [Schlussbericht zur Taxonomie](#) vorgelegt, spricht: Empfehlungen an die EU-Kommission bezüglich der übergreifenden Gestaltung der Taxonomie sowie eine Anleitung, wie die Nutzer der Taxonomie entsprechende Offenlegungen entwickeln können. Die EU-Kommission wird diese Fassung noch einmal prüfen und gegebenenfalls Details anpassen. Mit einer Entschärfung der Anforderungen ist laut EU-Generaldirektion FISMA (Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union) aber nicht zu rechnen.

### EU-Vergabe an Blackrock

Der US-Vermögensverwalter Blackrock hat sich eine Schlüsselrolle bei der Beratung der EU hinsichtlich der Integration von Nachhaltigkeit in die Bankenregulierung

gesichert. Im Auftrag der EU-Kommission soll Blackrock eine Studie erstellen, wie die EU Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren (ESG) in die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) integrieren kann.

Bei nicht wenigen stieß die Wahl auf Unverständnis. Kritiker monieren, dass mit Blackrock der Bock zum Gärtner werde. Denn nach wie vor sei Blackrock einer der weltweit größten Investoren in fossile Brennstoffe. In einem [Qualitätsranking](#) der weltweit 75 größten ESG-Investoren vom März 2020 landete Blackrock mit Platz 45 im hinteren Mittelfeld.

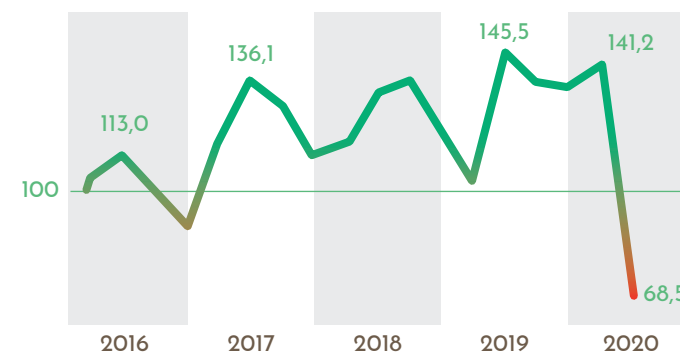
### Neue Düngemittelverordnung

Ende März hat der Bundesrat die lange umstrittene Düngemittelverordnung gebilligt. Sie sieht deutlich schärfere Vorschriften für Landwirte bei der Ausbringung von Dünger vor, besonders in Gebieten mit starker Grundwasserbelastung. Mit der Neuregelung werden Vorgaben der EU umgesetzt und damit drohende hohe Strafzahlungen vermieden. Die Abstimmung stand auf der Kippe; CDU- und FDP-regierte Länder hatten zuvor versucht, sich gegen die Düngeverordnung zu verbünden. Erst im letzten Augenblick ließ sich das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg auf die Neuregelung ein.

### Streichung des „Solardeckels“

Die Abschaffung des 52-Gigawatt-Förderdeckels für die Errichtung neuer Solardächer hatte das Bundeskabinett bereits im Herbst des vergangenen Jahres mit dem Klimaschutzprogramm 2030 angekündigt. Nachdem aber seither nichts passiert ist und er voraussichtlich im Sommer 2020 erreicht sein wird, haben Ende März rund 2.000 Unternehmen in einem offenen Brief an die Bun-

### FÖRDERDECKEL VERFINSTERT PHOTOVOLTAIK-GESCHÄFTSERWARTUNG



Geschäftserwartungsindex Bundesverband Solarwirtschaft

Quelle: [www.solarwirtschaft.de](http://www.solarwirtschaft.de)

deskanzlerin die rasche Einleitung eines entsprechenden Gesetzgebungsverfahrens gefordert.

Treibende Kraft ist neben dem Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der am 17. April ein [Positionspapier](#) veröffentlichte: Es formuliert mit fünf zentralen Forderungen, wie die wirtschaftliche Erholung, Wertschöpfung und der Arbeitsmarkt Deutschlands nach der Coronakrise wieder belebt werden könnten. Zentraler Punkt ist ein Schub für den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

### Bericht des Sustainable-Finance-Beirats

Der Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung hat am 5. März seinen Zwischenbericht [Die Bedeutung einer nachhaltigen Finanzwirtschaft](#) für die große Transformation veröffentlicht und bis 3. Mai 2020 zur Konsulta-





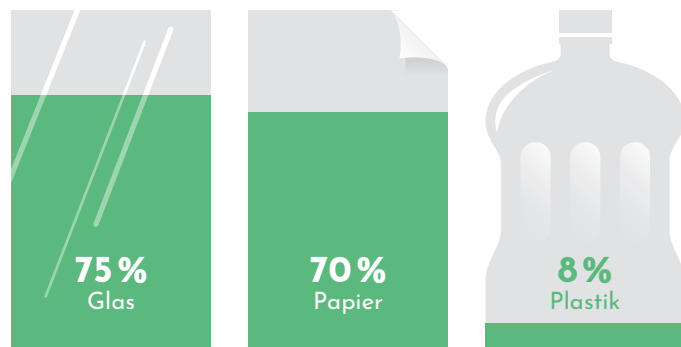
tion gestellt. Der Bericht umfasst 53 konkrete Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung, die dazu beitragen sollen, Deutschland zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzierungen zu entwickeln und den Übergang in eine klimaneutrale Gesellschaft zu beschleunigen.

Dazu gehören die Einführung eines verlässlichen und lenkungswirksamen CO<sub>2</sub>-Preises, die deutliche Steigerung der Anforderungen an die nichtfinanzielle Berichterstattung und die verpflichtende Anwendung der Empfehlungen der Task Force on Climate-Related Financial Disclosures (TCFD) für alle börsennotierten Unternehmen ab 2022.

### Leitsätze zur Kreislaufwirtschaft

Das Umweltbundesamt (UBA) hat [Leitsätze](#) für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erarbeitet, die Zielsetzungen, Gestaltungsräume, Handlungsmaßstäbe, Anforderungen

### ANTEIL VON RECYCLING-MATERIAL AN DER NEUPRODUKTION IN DEUTSCHLAND



Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, zeit.de

ungen und Erfolgsfaktoren einer Kreislaufwirtschaft systematisch darlegen. Angesichts der zunehmenden Weltbevölkerung und globaler Rohstoffbedarfe sei es Zeit für einen Systemwandel in der Wirtschaft in Richtung nachhaltigerer Produktionsmuster und Produktpolitiken. Die neun Leitsätze formulieren zentrale Begriffe, Prinzipien, Ziele, Maßstäbe und die wichtigsten Handlungsansätze für die Kreislaufwirtschaft.

### Initiative zur Batterieforschung

Um Batterien für die Elektromobilität der Zukunft zu entwickeln, haben Partner aus Wissenschaft und Industrie die Forschungsinitiative [BATTERY 2030+](#) auf den Weg gebracht. Eine Roadmap präzisiert nun die Meilensteine des europaweiten Projekts: eine gemeinsame Plattform zur Materialentwicklung mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI), vernetzte Sensoren und Selbstheilungstechnologie für Batterien sowie nachhaltige Herstellungs- und Recyclingverfahren. Über die Forschungsplattform CELEST sind das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), die Universität Ulm sowie das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) an dem Konsortium beteiligt.

### Studie zu Folgen des Klimawandels

Nach Wetterextremen wie Dürren oder Überschwemmungen steigt in gefährdeten Ländern das Risiko für gewalttätige Zusammenstöße – hierfür hat ein internationales Wissenschaftlerteam neue Belege gefunden. Einer aktuellen [Studie](#) zufolge sind Länder mit einer großen Bevölkerung, politischer Ausgrenzung bestimmter ethnischer Gruppen und einem niedrigen Entwicklungsstand besonders gefährdet. Die Studie kombiniert glo-

bale statistische Analysen, Beobachtungsdaten und regionale Fallstudien, um neue Erkenntnisse für politische Entscheidungsträger zu gewinnen.

### Veränderungen beim RNE

Als Vorsitzender des Rats für Nachhaltige Entwicklung (RNE) folgte Dr. Werner Schnappauf auf Marlehn Thieme. Seit 1. Mai ist Dr. Marc-Oliver Pahl neuer Generalsekretär. Er folgt auf Prof. Dr. Günther Bachmann, der nach 19-jähriger Amtszeit in Pension ging.

### TERMINE

15.6.2020: Virtuelle Jahrestagung des Rats für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

1.7. - 31.12.2020: Deutsche EU Ratspräsidentschaft

### IMPRESSUM

akzente kommunikation und beratung GmbH (Hrsg.), Sabine Braun (ViSdP), Corneliusstraße 10, D-80469 München

akzente berät Unternehmen, Marken und Organisationen seit über 25 Jahren zu Nachhaltigkeit und Verantwortung – in Strategie, Management, Reporting und Kommunikation. Gemeinsam mit unseren Kunden arbeiten wir an Lösungen zur Zukunftsfähigkeit, Transparenz und Glaubwürdigkeit ihrer Unternehmen.